



Schulfrei für die Bundeswehr

HINTERGRUNDINFORMATIONEN DER DEUTSCHEN FRIEDENSGESELLSCHAFT – VEREINIGTE KRIEGSDIENSTGEGNER/-INNEN BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Bundeswehr ist im Krieg in Afghanistan sowie in zahlreichen weiteren Kriegs- und Krisengebieten (Kosovo, Somalia, vor dem Libanon, in Bosnien-Herzegowina und im Sudan) eingesetzt. Für diese Einsätze werden Soldaten benötigt. Keine Wehrpflichtigen, sondern Zeit- und Berufssoldaten, die dafür angeworben und ausgebildet werden müssen.

Was liegt da näher, als den benötigten Nachwuchs aus den Schulen anzuwerben? Auf Initiative des Bundesverteidigungsministeriums wurden in bislang acht Bundesländern Kooperationsvereinbarungen zwischen den zuständigen Kultusministerien und den jeweiligen Wehrbereichskommandos der Bundeswehr unterzeichnet.

- Nordrhein-Westfalen am 29. 10. 2008 (unter der damaligen CDU/FDP-Koalition)
- Saarland am 25. 03. 2009 (noch unter der CDU-Alleinregierung)
- Baden-Württemberg am 04. 12. 2009 (CDU/FDP-Koalition)
- Rheinland-Pfalz am 25. 02. 2010 (SPD-Alleinregierung)
- Bayern am 08. 06. 2010 (CSU/FDP-Koalition)
- Mecklenburg-Vorpommern am 13. 07. 2010 (SPD/CDU-Koalition)
- Hessen am 04. 11. 2010 (CDU/FDP-Koalition)
- Sachsen am 21. 12. 2010 (CDU/FDP-Koalition)

Diese Kooperationsvereinbarungen sind für die Schulen nicht rechtsverbindlich. Jede Schule kann in Eigenregie entscheiden, ob sie die Bundeswehr einlädt oder nicht.

Die ersten drei Kooperationsvereinbarungen wurden von CDU-geführten Landesregierungen unterzeichnet. Inzwischen hat sich die SPD angeschlossen, sowohl die Alleinregierung in Rheinland-Pfalz, als auch die SPD/CDU-Koalitionsregierung in Mecklenburg-Vorpommern.





DIE KOOPERATIONSVEREINBARUNG FÜR BADEN-WÜRTTEMBERG

Die Initiative zum Abschluss einer Kooperationsvereinbarung zwischen dem Kultusministerium Baden-Württemberg und der Bundeswehr ging vom Ex-Bundesminister der Verteidigung Jung, CDU, aus. Er schrieb am 16. Juni 2009 einen Brief an den Ex-Ministerpräsidenten Oettinger, CDU, der ihn an den Ex-Kultusminister Rau, CDU, weiterleitete. (Alle drei Personen sind mittlerweile nicht mehr in ihren Ämtern). Der Inhalt des Briefes wurde bis heute nicht öffentlich gemacht.

Am 4. Dezember 2009 haben Ex-Kultusminister Helmut Rau (CDU) und Generalmajor Gert Wessels, Befehlshaber im Wehrbereich IV, in Anwesenheit von Jugendoffizieren eine Kooperationsvereinbarung zwischen Kultusministerium und Bundeswehr unterzeichnet. Damit soll die Kooperation zwischen Schulen und Jugendoffizieren gekräftigt werden.

Für Baden-Württemberg gilt folgender Wortlaut:

1. *Eine lebendige Gesellschaft ist auf die Fähigkeit und Bereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen, sich mit politischen Themen auseinanderzusetzen, den politischen Prozess zu verfolgen, sich an ihm zu beteiligen und Mitverantwortung zu übernehmen.*

Politische Bildung in der Schule zielt auf eine derartige Mündigkeit in der demokratischen Gesellschaft. In einer durch wachsende internationale Verflechtung gekennzeichneten Welt bedarf es dabei in zunehmendem Maße einer Auseinandersetzung mit Fragen internationaler Politik, auch der Sicherheitspolitik.

2. *Vor diesem Hintergrund schließen wir diese Kooperationsvereinbarung. Wir wollen gemeinsam einen Beitrag leisten, um Schulen und Lehrkräfte zu unterstützen, die mit ihren Schülerinnen und Schülern sicherheitspolitische Fragestellungen bearbeiten.*

Jugendoffiziere informieren im schulischen Kontext Schülerinnen und Schüler über die zur Friedenssicherung möglichen und/oder notwendigen Instrumente der Politik. Dabei werden Informationen zur globalen Konfliktverhütung und Krisenbewältigung genauso wie Informationen zu nationalen Interessen einzubeziehen sein. Die Schülerinnen und Schüler sollen so befähigt und motiviert werden, die Möglichkeiten der Friedenssicherung zu erörtern. Hierbei werden alle allgemein bildenden Schulen der Sekundarstufe I und II und die beruflichen Schulen einbezogen.

Jugendoffiziere werben nicht für Tätigkeiten innerhalb der Bundeswehr.

Im Einzelnen wurden folgende Punkte vereinbart:

1. Eine Intensivierung der Zusammenarbeit im Rahmen der politischen Bildung im Bereich der Sicherheitspolitik entsprechend den Vorgaben der Verfassung, des Schulgesetzes und der Verwaltungsvorschrift „*Leitlinien zur Fortbildung und Beratung an Schulen*“.
2. Die Jugendoffiziere bieten wie bisher ihre Besuche in Schulen an.
3. Neu an der Vereinbarung ist, dass die Jugendoffiziere in die Aus- und Fortbildung von Referendarinnen und Referendaren und von Lehrkräften eingebunden werden.
4. Außerdem bietet die Bundeswehr Lehrerinnen und Lehrern sowie Vertretern der Schulaufsicht ihrerseits Besuche in ihren Einrichtungen und Seminare zur Sicherheitspolitik an.
5. Die Veröffentlichung von Bildungsangeboten in den Medien des Kultusministeriums.
6. Regelmäßige Gespräche der Jugendoffiziere mit den Vertreterinnen und Vertretern der Regierungspräsidenten.
7. Jeweils zum Schuljahresende erfolgt ein schriftlicher Bericht der Jugendoffiziere an das Kultusministerium.

DABEI GAB ES DAS ALLES SCHON EINMAL-ZUR ERINNERUNG

Mit der getroffenen Vereinbarung wird ein weiteres Kapitel in der Zusammenarbeit von Kultusministerium und Bundeswehr aufgeschlagen.

Am 19. November 1970 forderte der damalige Bundeskanzler Willy Brandt (SPD) in einem Brief an die Ministerpräsidenten der Bundesländer: „*Es muss beim jungen Menschen Verständnis geweckt werden für die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung als Voraussetzung jeder Entspannungspolitik. (...) stehen die Jugendoffiziere der Bundeswehr zur Verfügung, um den Auftrag der Bundeswehr und ihre Rolle im Rahmen der Sicherheitspolitik in den Schulen sachkundig darzustellen*“.

Auf der Grundlage des Brandt-Briefes erließ der damalige Kultusminister von Baden-Württemberg Dr. Hahn am 18. August 1971 die Anordnung „*der Berücksichtigung der Landesverteidigung im Unterricht*“. Den Kerninhalt formulierte das Kultusministerium wie folgt: „*(...) ist es wichtig, die Schüler über die Notwendigkeit einer ausreichenden Verteidigung zu informieren und die Aufgaben, die der Bundeswehr hierbei zukommen, sachlich und ohne Werbung aufzuzeigen. Die Aufgaben der Bundeswehr sind so verständlich zu machen, dass sie von den Schülern als notwendig anerkannt werden können.*“

Als die Friedensbewegung 1980/1981 erstarkte, wollten sich die Kultusminister der Bundesländer auf eine gemeinsame Empfehlung bei der Darstellung der Sicherheitspolitik im Unterricht einigen. Dies gelang bis zum März 1983 in mehreren Sitzungen nicht und so gab es schließlich zwei Empfehlungen: Eine der SPD-regierten Bundesländer und eine der unionsgeführten Bundesländer. Die SPD zeigte sich im Gegensatz zu der Union offener für die Diskussion von Kritik und Alternativen zur herrschenden Sicherheitspolitik.

Auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzungen um den NATO-Doppelbeschluss im Sommer 1983 erließ der damalige Kultusminister Mayer-Vorfelder (CDU) am 22. Juli 1983 die Verwaltungsvorschrift *„Friedenssicherung und Bundeswehr im Unterricht“*. In einem Zusatzverbot erbot er einzelnen Kriegsdienstverweigerern und Vertretern von Kriegsdienstverweigerer-Organisationen im Unterricht als Fachleute aus der Praxis aufzutreten. Dieser Zusatzverbot richtete sich vornehmlich gegen die Deutsche Friedensgesellschaft–Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK), traf aber letztlich alle Friedensorganisationen, deren Vertreter in den Jahren bis 1983 zu mehreren hundert Veranstaltungen mit und ohne Jugendoffizier in die Schulen eingeladen wurden. Es kam während der gesamten Zeit vor diesem Verbot zu keinerlei Beanstandungen seitens der verantwortlichen Lehrerinnen und Lehrern oder der Schulleitungen.

Stattdessen wurden häufig die Kompetenz und die Sachlichkeit der DFG-VK-Fachleute gelobt. Dies war Mayer-Vorfelder ein Dorn im Auge und musste geändert werden. Von jetzt an hatten die Jugendoffiziere der Bundeswehr die Informations- und Meinungshoheit in den Schulen. Lediglich den landeskirchlichen Beauftragten für Kriegsdienstverweigerung wurde es nach einer kurzen Verbotsdauer wieder erlaubt, im Religionsunterricht über das Thema Kriegsdienstverweigerung zu informieren.

Die NachfolgerInnen von Mayer-Vorfelder änderten diese Praxis nicht. Die Verwaltungsvorschrift lief zwar 1993 aus, das Verbot für Kriegsdienstverweigerer und zivile Friedensfachkräfte, am Unterricht mitzuwirken, bestand allerdings weiter. Erst nach jahrelangen Bemühungen gelang es der DFG-VK Baden-Württemberg dieses *„Unrecht“* rückgängig zu machen. Der damalige GEW-Landesvorsitzende Rainer Dahlem vermittelte eine Lösung zwischen dem Kultusministerium und der DFG-VK Baden-Württemberg. Seit dem 14. Dezember 2004 dürfen Vertreter von Friedensorganisationen wieder als Fachleute aus der Praxis in den Unterricht eingeladen werden.

Die entsprechende Verwaltungsvorschrift *„Mitwirkung von Fachleuten aus der Praxis im Unterricht“* vom 14.12.2004 lautet wie folgt:

„Der Erziehungs- und Bildungsauftrag der Schule macht es erforderlich, dass der Unterricht in lebendigem Kontakt mit der Wirklichkeit steht. Dazu trägt bei, wenn bei geeigneten Anlässen Fachleute aus der Praxis in den Unterricht einbezogen werden. Bei der Mitwirkung von Vertreterinnen und Vertretern der im Bundestrag und im Landtag vertretenen Parteien dürfen die Schulen keine einseitige Auswahl vornehmen. Von der Mitwirkung von Abgeordneten und anderen Personen des politischen Lebens im Rahmen des Unterrichts an den Schulen ist in den letzten acht Wochen vor Landtagswahlen in Baden-Württemberg, Bundestagswahlen sowie Wahlen zum Europaparlament abzusehen.“

WARUM KOMMT JETZT DIESE KOOPERATIONS-VEREINBARUNG?

Die Auslandseinsätze der Bundeswehr wurden seit 1992 schleichweise ausgeweitet. Heute ist die Bundeswehr eine *„Armee im Einsatz“* – im Kriegseinsatz. Dafür werden Zeit- und Berufssoldaten benötigt. Die Zeiten einer Verteidigungsarmee sind vorbei.

Verteidigungsminister zu Guttenberg wies am 09.11.2010 in einer Rede darauf hin, dass deutsche Wirtschaftsinteressen militärisch abgesichert werden müssen. Die Verwunderung über diese deutlichen Worte war groß, ist aber nicht nachvollziehbar. Guttenberg hat nur das ausgesprochen, was seit 1992 in den *„Verteidigungspolitischen Richtlinien“* der Bundesregierung steht und seitdem Bestandteil deutscher Politik ist.

Die Bundeswehr hat ein Akzeptanzproblem, denn die Mehrheit der Bevölkerung lehnt die Auslandseinsätze entweder ab oder steht ihnen zumindest kritisch gegenüber. Vor allem der Kriegseinsatz in Afghanistan, bei dem bislang 43 Bundeswehrsoldaten getötet wurden, stößt auf Ablehnung in der Bevölkerung. Daher ist die Bundeswehr bemüht, ihr Image zu verbessern.

1. Die Kriegseinsätze der Bundeswehr, insbesondere der Einsatz in Afghanistan, sollen in ein positives Licht gerückt werden. Die Bundeswehr ist eine Armee im Einsatz – im Kriegseinsatz – und dafür soll in der Bevölkerung um Akzeptanz und Zustimmung geworben werden.
2. Für diese Kriegseinsätze müssen genügend junge Männer rekrutiert werden. Bislang wurde dies über die allgemeine Wehrpflicht erreicht. Mit Hilfe der Wehrpflicht hat die Bundeswehr jährlich zwischen 15.000 und 20.000 Zeit- und Berufssoldaten rekrutieren können. Verteidigungsminister zu Guttenberg setzt nach und nach die Vorschläge der Wehrstrukturkommission um, die unter Leitung des Vorsitzenden der Bundesagentur für Arbeit, Dietrich Weise (Oberst der Reserve), erarbeitet wurden.
 - Die Sollstärke der künftigen Bundeswehr soll auf 185.000 Mann abgesenkt werden. Der Anteil der Berufssoldatinnen und Berufssoldaten sinkt und der von Soldatinnen und Soldaten auf Zeit steigt. Grund: Die Bundeswehr ist heute überaltert. Die Attraktivität des Dienstes muss gesteigert werden durch neue Laufbahnen und Spezialistenlaufbahnen.
 - Es wird ein signifikant höherer Beitrag zu internationalen Einsätzen geleistet. Künftig sollen bis zu 15.000 Soldatinnen und Soldaten im Einsatz sein. Es sollen zwei größere (Auslands-)Einsätze gleichzeitig durchgeführt werden.
 - Mit einem freiwilligen militärischen Dienst bis zu 23 Monaten wird den jungen Menschen ein Angebot gemacht. Die Dienstzeit beträgt mindestens 9 Monate, die eine Teilnahme an Auslandseinsätzen einschließt. Dafür sollen bis zu 15.000 Stellen eingerichtet werden.
3. Die beschlossene Aussetzung der Wehrpflicht zum 01.07.2011 wird das Rekrutierungsproblem verschärfen. Die Rekrutierung wird so zu einer zentralen Aufgabe seitens der Bundeswehr. Und die Schulen stehen dabei an erster Stelle.
4. Die Zahl der durch die Jugendoffiziere erreichten Jugendlichen stagniert seit vielen Jahren zwischen 150.000 und 175.000 und wird sich bei sinkenden Geburtenjahrgängen kaum steigern lassen.



5. Es können immer weniger Truppenbesuche für die Schülerinnen und Schüler angeboten werden, da die Bundeswehr kleiner geworden ist, Standorte aufgegeben wurden und die verfügbaren Standorte durch die Auslandseinsätze keine Kapazitäten mehr haben.

Die Entwicklung der Zahlen aus dem Bericht der Jugendoffiziere von 2009:

1999: 66.750 Besuche bei der Truppe.

(...)

2008: 17.273 Besuche bei der Truppe.

2009: 15.415 Besuche bei der Truppe.

Die jetzt getroffene Kooperationsvereinbarung passt nahtlos in die „Rekrutierungsoffensive“ der Bundeswehr und damit verbunden kann eine schleichende Militarisierung des Bildungswesens konstatiert werden. Seit einigen Jahren hat die Bundeswehr ihre Öffentlichkeitsarbeit stark ausgeweitet.

Dafür wurden die finanziellen Mittel erst vor kurzen deutlich erhöht, von 12 auf 27 Millionen. Die Bundeswehr ist auf zahlreichen Messen, einschließlich der Didacta, vertreten, kommt mit ihren Bundeswehr-Trucks in Schulen und wirbt bei den Arbeitsagenturen unter den Arbeitslosen um Nachwuchskräfte.

Weitere Beispiele der Werbemaßnahmen:

- Karriere-Treff seit 2006. Er löste die Bundeswehrausstellungen „Unser Heer“, „Unsere Luftwaffe“ und „Unsere Marine“ ab. Die Trucks der Bundeswehr besuchen jährlich 40–45 Städte.
- Girls Day
- Kirchentag
- Jugendsportevents
- Bundeswehr Musix-Blasmusikwettbewerb für Blasmusik-orchester

DIE ARBEIT DER JUGENDOFFIZIERE

Seit 1958 arbeiten die Jugendoffiziere in vielfältiger Weise an und mit den Schulen. Mit Diskussionen/Vorträgen, Podiumsdiskussionen, Seminaren/Tagungen oder Projektwochen (mit dem Simulationsspiel Politik & Internationale Sicherheit (POL&IS) sowie Besuchen bei der Truppe erreichen sie jährlich zwischen 150.000 und 175.000 Jugendliche.

Im Jahr 2005 haben die Jugendoffiziere ihre Arbeit neu strukturiert. Es gibt seitdem **16 Bezirksjugendoffiziere**, die als Mittelsmänner zu den Kultusministerien, Schulen und Bildungseinrichtungen fungieren. Ihnen stehen **94 hauptamtliche Jugendoffiziere** zur Seite, die die Termine wahrnehmen. Die Aufgabe der Jugendoffiziere ist es, auf Einladung durch die Schulen den Auftrag der Bundeswehr sowie die Sicherheits- und Verteidigungspolitik Deutschlands zu erläutern.

250 nebenamtliche Jugendoffiziere in den Verbänden der Bundeswehr unterstützen die hauptamtlichen Jugendoffiziere insbesondere bei der Durchführung von Besuchen bei der Truppe bzw. Tagen der Schulen in den Kasernen.

250 Jugendunteroffiziere sind vor Ort in der Kaserne der Ansprechpartner, die als „Praktiker“ den Schülerinnen und Schülern den Alltag in der Bundeswehr und die Ausbildung der Soldaten näher bringen.

Daneben gibt es die **Wehrdienstberater**, die ebenfalls auf Einladung durch die Schulen, vor allem in Berufsschulen, Haupt- und Realschulen, über die Berufsmöglichkeiten bei der Bundeswehr informieren.

Zu den **Aufgabengebieten der Jugendoffiziere** gehören:

1. Diskussionen/Vorträge
2. Podiumsdiskussionen
3. Seminare/Tagungen/Projektwochen (dazu zählt POL&IS)
4. Besuche bei der Truppe
5. Akquise

Bei den **Zielgruppen** wird unterschieden nach

1. Schüler/Studenten: Die Jugendoffiziere bieten den *Tag der Schulen* an.
2. Multiplikatoren (Lehrerinnen und Lehrer). Die Jugendoffiziere bieten den *Tag der Lehrer* an.
3. Jugendgruppen/Verbände

Die **wichtigsten Aufgaben** der Jugendoffiziere (entnommen dem Jugendoffiziersbericht 2009):

1. Es besteht eine enge Zusammenarbeit mit allen Landes-schulbehörden.
2. Sie sind in die Referendarausbildung von Lehrerinnen und Lehrern eingebunden.
3. Sie behandeln in den Abiturjahrgängen auch die sicherheitspolitischen Prüfungsthemen des Zentralabiturs der einzelnen Länder.
4. Sie bieten die Simulation Politik & Internationale Sicherheit (POL&IS) an, die mit Schülern und ihren Lehrern sowie Studenten und Lehramtsanwärtern durchgeführt wird.
5. Die Weiterbildungsangebote können auf den Bildungsservern der Länder platziert werden.
6. Zusammenarbeit mit den Landeszentralen für politische Bildung (LpB) und der Arbeitsgemeinschaft Staat und Gesellschaft (asg).
7. An Universitäten, Fachhochschulen und Pädagogischen Hochschulen sind sie bis in die Lehre eingebunden, Hauptzielgruppe sind die Lehramtsstudenten.

EINFLUSS DER JUGENDOFFIZIERE IN DEN SCHULEN UND SEMINAREN

Der wichtigste Punkt in der Kooperationsvereinbarung ist Aus- und Fortbildung von Lehramtsanwärtern. Es ist von mindestens zwei Seminaren in Baden-Württemberg bekannt (Schwäbisch-Gmünd und Lörrach), bei dem die Lehramtsanwärter zu Beginn ihrer Ausbildungszeit u. a. vom Jugendoffizier empfangen und begrüßt wurden.

Auf Antrag der Abgeordneten Renate Rastätter u. a.

(**Bündnis 90/Die Grünen**) vom 28. Januar 2010, antwortete das Ministerium für Kultus, Jugend und Sport am 18. Februar 2010 und gab die Zahl der Einsätze von Jugendoffizieren für Baden-Württemberg bekannt.



Dabei wurden folgende Angaben mitgeteilt:

Kalenderjahr	2007	2008	2009
Hauptschulen	102	65	75
Realschulen	170	108	149
Gymnasien	288	209	264
Sonstige Schulen	58	33	23
Aus-/Fortbildung	43	34	36
Lehrer/Referendare			
Gesamt	661	449	547

Es geht aus der Antwort nicht hervor, wie viele Personen bei diesen Aus- und Fortbildungen erreicht wurden. Es ist sehr bedenklich, wenn Lehramtsanwärter während ihrer Ausbildungszeit von Jugendoffizieren „fortgebildet“ werden sollen. Die Referendarszeit soll die angehenden Lehrerinnen und Lehrer auf ihren Beruf vorbereiten. Die Pädagogik und die Didaktik stehen dabei im Mittelpunkt ihrer Tätigkeit.

Was haben die Bundeswehr und speziell die Jugendoffiziere mit dieser Ausbildung zu tun? In welchem Fach und mit welchem Inhalt treten die Jugendoffiziere an die angehenden Lehrerinnen und Lehrer heran?

Das Ganze kann nur einen Grund haben: Die Sicherheitspolitischen Vorstellungen der Bundesregierung bzw. des Verteidigungsministeriums den jungen Leuten nahe zu bringen und sie als Multiplikatoren für künftige Einladungen in die Schulen zu gewinnen.

Lehramtsanwärter stehen während ihrer Ausbildung in einem gewissen Abhängigkeitsverhältnis zur Seminarleitung. Sie haben die geringsten Möglichkeiten sich gegen den zunehmenden Einfluss der Bundeswehr zur Wehr zu setzen. Nur die Mutigsten werden sich dem schleichenden Einfluss der Militärs widersetzen können, denn immer noch entscheiden die Noten über die Einstellung bzw. Arbeitslosigkeit.

Die Arbeit in den Ausbildungsseminaren muss kritisch begleitet werden. Die Lehramtsanwärter benötigen die Hilfe und Unterstützung vor allem der GEW, die in strittigen Fragen Rechtsschutz gewähren kann.

Die Schülerinnen und Schüler sind die Hauptzielgruppe der Jugendoffiziere. Über ihren Einfluss in der Lehreraus- und fortbildung sichern sich die Jugendoffiziere insbesondere bei jungen Pädagogen die Kontakte, um später in die Schulen eingeladen zu werden. Dabei werben die Jugendoffiziere ganz unverhohlen mit ihren Kriegserfahrungen.

Zwei Beispiele sollen dies verdeutlichen:

Die beiden **Jugendoffiziere in Freiburg** haben mit Schreiben vom 23. 11. 2009 an die Fachschaften Geschichte, Gemeinschaftskunde, Religion und Ethik der Gymnasien ihr lehrplanabgestimmtes Programm angeboten, u. a. eine intensive Abiturvorbereitung in Seminarform. Beide Jugendoffiziere empfehlen sich darüber hinaus mit ihrer Teilnahme am Auslandseinsatz der Bundeswehr in **Afghanistan**, so dass sie aus „erster Hand“ über friedenssichernde Maßnahmen und Konfliktbewältigung im Ausland berichten können. Angesichts des verheerenden Bombenangriffs auf zwei Tanklaster bei Kundus am 4. September 2009 mit bis zu 142 Toten und dem bis dato widersprüchlichen Auftrag der Bundeswehr am Hindukusch ein zweifelhaftes Angebot.

Die **Jugendoffiziere in Bruchsal** führten am 13. Juli 2010 in der General-Dr.-Speidel-Kaserne einen „**Tag der Lehrer**“ durch.

„Die Bundeswehr im Einsatz: Soldaten des ABC-Abwehrregiments 750 -BADEN- in Afghanistan“. Im Einladungstext heißt es: „Wir ermöglichen interessierten Lehrkräften einen Einblick in die Einsatzrealität der Soldaten in Afghanistan und geben Informationen, die über die normale Berichterstattung in den Medien hinausgehen“.

Vom 8.–10. Juli 2010 führten die Jugendoffiziere ebenfalls in der Bruchsaler Kaserne einen „**Tag der Schulen**“ durch, bei dem sie den Schülerinnen und Schülern einen Einblick in den Alltag und die Ausbildung und Ausstattung der Bundeswehr ermöglichten.

Bei diesen Veranstaltungen wird ein rundherum positives Bild der Bundeswehr vermittelt. Es ist keine Rede davon, dass im Krieg Menschen getötet werden. Es gibt keinen Hinweis auf die Posttraumatischen Belastungsstörungen der Soldatinnen und Soldaten, die von Jahr zu Jahr steigen:

- 2008 gab es 245 Fälle (Frankfurter Rundschau vom 25. 5. 2010)
- 2009 gab es 446 Fälle (FR vom 25. 5. 2010)
- 2010 gab es 483 Fälle in der ersten drei Quartalen (FR 15. 7. 2010 und n-tv Teletext vom 10. 11. 2010)

Die Bundeswehr rechnet in Folge der neuen Afghanistan-Strategie mit mehr traumatisierten Soldaten. Dies geht aus einem Dossier des Ministeriums an den Verteidigungsausschuss hervor. Schon jetzt sei „mit der Zunahme von einsatzbedingten Verwundungen und Verletzungen, insbesondere auch psychischen Erkrankungen“ zu rechnen. Hierunter litten zunehmend auch Angehörige, Hinterbliebene und Reservisten. (FR 25. 5. 2010)



WAS SOLL UND WAS KANN SCHULE LEISTEN?

Die Friedenthematik spielt heute in der Schule eine untergeordnete Rolle. Zwar gibt es an zahlreichen Schulen Streitschlichterprogramme, deren Grundlagen aus der Friedensbewegung kommen, aber Antikriegsaktionen seitens der Schülerinnen und Schüler sowie der Lehrerinnen und Lehrer sind rar gesät. Die heutige Jugend wächst mit der Bundeswehr im Kriegseinsatz auf. Für sie ist dies Normalität, weil sie es nicht anders kennt. Auch viele junge Lehrerinnen und Lehrer stehen aus denselben Gründen der Bundeswehr unkritisch gegenüber. Die Berichterstattung in der Presse zeigt ein meist regierungskonformes Bild von den Kriegseinsätzen der Bundeswehr im Ausland.

In den Schulen muss über die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik informiert und diskutiert werden. Seit Beginn der Auslandseinsätze der Bundeswehr spricht sich eine stabile Mehrheit der Bevölkerung gegen diese Art der Friedenssicherung und Konfliktbewältigung aus. Diese Stimmen müssen im Unterricht berücksichtigt werden. Wenn es in Paragraph 1, Abs. 3 des Schulgesetzes heißt, die Schule habe „*das verfassungsmäßige Recht der Eltern, die Erziehung und Bildung ihrer Kinder mitzubestimmen, zu achten und die Verantwortung der übrigen Träger der Erziehung und Bildung zu berücksichtigen*“, so ist mit „*übrige Träger der Erziehung und Bildung*“ nicht und schon gar nicht ausschließlich die Bundeswehr gemeint. Gerade in sicherheitspolitischen Fragen verläuft die politische Meinungs- und Willensbildung kontrovers.

Lehrerinnen und Lehrern steht es frei einen Jugendoffizier oder einen Vertreter der Friedensbewegung in ihren Unterricht einzuladen. Wir wehren uns entschieden gegen eine institutionelle Zusammenarbeit zwischen der Bundeswehr und den Kultusministerien, da die Schülerinnen und Schüler sich ein eigenes Bild von der Problematik machen sollen und nicht von einer vorgegebenen militärischen Friedenssicherung überzeugt werden sollen.

Es gehört zum Kern des Bildungsauftrags des Landes Baden-Württemberg, dass die Schülerinnen und Schüler in einer solch existentiellen Frage wie der nach Krieg und Frieden nicht nur die Anschauung derer kennen lernen, die in Uniform vor ihnen stehen. Die Friedensbewegung hat eine andere Auffassung von Friedenssicherung und Konfliktbewältigung. Sie hat Konzepte zur gewaltlosen Konfliktbearbeitung und -lösung erarbeitet, die von einem nicht unerheblichen Teil der Bevölkerung geteilt werden. Beide Seiten sollten im Unterricht zu Wort kommen.

Das Thema „*Krieg und Frieden*“ wird in den nächsten Jahren weiter auf der Tagesordnung stehen, da die Bundeswehr in

weitere Kriegseinsätze verwickelt werden könnte. Darüber muss in der Gesellschaft und in der Schule diskutiert werden. Was den Schulen fehlt, ist eine Friedenserziehung. Ansätze dazu gibt es in der Friedenspädagogik. Sie müssen wieder bekannt gemacht und vermittelt werden. Dazu können und müssen die Friedensorganisationen einen Beitrag leisten.

KAMPAGNE „SCHULFREI FÜR DIE BUNDESWEHR“

Als DFG-VK Baden-Württemberg lehnen wir eine eigene Kooperationsvereinbarung des Kultusministeriums mit den Friedensorganisationen ab, sozusagen als „Feigenblatt“ und Legitimation für den Einsatz der Jugendoffiziere bzw. der Bundeswehr in den Schulen. Wir wollen eine bundeswehrfreie Schule und langfristig die Verdrängung des Militärs aus allen Bildungseinrichtungen. Schülerinnen und Schüler sollen nicht für das Töten von Menschen angeworben werden, sondern zum Frieden erzogen werden.

Deshalb haben wir auf Landesebene die Kampagne „*Schulfrei für die Bundeswehr*“ mit dem Ziel: „**Aufklärung über Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg**“ initiiert. Diese Kampagne ist zunächst auf ein Jahr konzipiert und hat drei gleichberechtigte Teilziele:

- Handlungsoptionen für einzelne Zielgruppen anbieten
- Angebot einer Friedenserziehung an Schulen bereitstellen.
- Rücknahme der Kooperationsvereinbarung.

Die Kampagne soll über die Militarisierung der Gesellschaft am Beispiel Schule in Baden-Württemberg aufklären. Wir wollen in einem ersten Schritt bis zur Landtagswahl am 27. März 2011 die Öffentlichkeit dafür gewinnen, sich für die Kündigung der Kooperationsvereinbarung auszusprechen. Dafür wollen wir folgende **Zielgruppen** als Unterstützer gewinnen:

- Friedensgruppen
- Eltern
- Lehrerinnen und Lehrer
- Lehramtsanwärter
- Schülerinnen und Schüler
- Studentinnen und Studenten

Es gibt vielfältige Möglichkeiten wie sich die vorgenannten Personengruppen gegen die Einflussnahme der Bundeswehr in den Bildungseinrichtungen des Landes zur Wehr setzen können. Hier einige Beispiele:

1. Lehrerinnen und Lehrer:

- Sie laden keine Jugendoffiziere in ihren Unterricht ein.
- Sie verhindern in den Gesamtlehrerkonferenzen, dass die Bundeswehr in den Schulen auftritt.
- Sie setzen sich für eine Friedenserziehung an den Schulen ein.

2. Eltern

- Die Sprechstunde des betreffenden Lehrers aufsuchen und ihn bitten, auf die Veranstaltung mit der Bundeswehr zu verzichten.
- Die Schulleitung auffordern, die Bundeswehr nicht in die Schule einzuladen.
- Einfluss über die gewählten Elternbeiräte nehmen und die Veranstaltung verhindern.
- Den Gesamtelternbeirat der Schule auffordern, die Veranstaltung abzusagen.
- Das Mitspracherecht in der Schulkonferenz nutzen und sich gegen die Veranstaltung aussprechen.

3. Schülerinnen und Schüler

- Die Veranstaltung mit dem Jugendoffizier durch Abstimmung in der Klasse verhindern.
- Falls die Veranstaltung gegen den Willen der Schülerinnen und Schüler durchgesetzt werden soll, den Unterricht boykottieren.
- Eine Flyeraktion vor der Schule durchführen.

Weitere Hinweise finden Sie auf der Homepage:
www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de

FRIEDENSERZIEHUNG IN DEN SCHULEN

Die DFG-VK Baden-Württemberg spricht sich für eine **Friedenserziehung an den Schulen** aus.

- Die Schulen brauchen fachlich gut ausgebildete Pädagogen, die den Schülerinnen und Schülern Friedenswissen und Friedenskompetenzen vermitteln können.
- In die Ausbildung und Fortbildung von Lehrerinnen und Lehrern sollten Module der Friedensforschung und Friedenserziehung aufgenommen werden.
- Fachleute aus der Friedensforschung und Friedenserziehung sollten als Referenten eingeladen werden.
- Vertreterinnen und Vertreter von Friedensorganisationen sollten ebenfalls in den Unterricht eingeladen werden, damit sie über ihre Erfahrungen und Aktionsmöglichkeiten berichten können.
- Die Schulbücher der einzelnen Schularten müssen neu gestaltet werden, da Alternativen zur militärischen Konfliktbewältigung oft fehlen.

Es gibt bereits ausgezeichnete Lernmittel für den Unterricht, die jedoch einer breiteren Öffentlichkeit nicht bekannt sind. Diese Materialien müssen nur bestellt werden.

*Klaus Pfisterer, Landessprecher DFG-VK Baden-Württemberg
Stand: 27. Januar 2011*

Über die DFG-VK – die Deutsche Friedensgesellschaft – Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen Baden-Württemberg

„DER KRIEG IST EIN VERBRECHEN AN DER MENSCHHEIT. ICH BIN DAHER ENTSCHLOSSEN, KEINE ART VON KRIEG ZU UNTERSTÜTZEN UND AN DER BESEITIGUNG ALLER KRIEGSURSACHEN MITZUARBEITEN.“

Diese Grundsatzklärung unseres Verbandes bestimmt das friedenspolitische Handeln und Wirken der Mitglieder. Als größte pazifistische Organisation in der Bundesrepublik mit einer 118-jährigen Geschichte ist die DFG-VK Bindeglied zwischen den unterschiedlichen Strömungen in der deutschen Friedensbewegung. Mit eigenen Landesverbänden und mit Gruppen sowie aktiven Mitgliedern in vielen Orten in allen Bundesländern, ist die DFG-VK eine der wenigen Friedensorganisationen mit bundesweiter Verankerung. Dabei engagieren sich die Mitglieder je nach ihrem Interesse in allen Bereichen friedenspolitischer Fragestellungen und bringen sich in thematische oder regionale Bündnisse aktiv ein.

Unsere friedenspolitische Arbeit wird durch Spenden und Mitgliedsbeiträge finanziert. Regelmäßige Unterstützung aus öffentlichen Haushalten oder durch wirtschaftliche Zusammenhänge erhalten wir nicht. Mit etwa 900 Mitgliedern ist die DFG-VK Baden-Württemberg der zweitgrößte Landesverband und arbeitet derzeit u.a. innerhalb verschiedener Kampagnen aktiv mit: Schritte zur Abrüstung, unsere Zukunft – atomwaffenfrei, Verhandeln statt schießen – Afghanistan-Krieg beenden, Schulfrei für die Bundeswehr. Unsere Kreativabteilung hat u. a. das Motto „Frieden schaffen ohne Waffen“ 1978 erfunden, die Menschenkette von Stuttgart nach Neu-Ulm 1983 initiiert und die Pacemakers-Radmarathons für eine friedliche und gerechte Welt ohne Atomwaffen ins Leben gerufen.

DFG-VK Landesgeschäftsstelle: Werastraße 10 | 70182 Stuttgart | Telefon (07 11) 51 88 56 01 | E-Mail: ba-wue@dfg-vk.de | <http://bawue.dfg-vk.de>
Spendenkonto: GLS-Bank, BLZ 430 609 67, Kontonummer 4 006 161 739

Landessprecher Klaus Pfisterer: Telefon (071 53) 5 81 30 | E-Mail: pfisterer@webstueck.de | www.schulfrei-fuer-die-bundeswehr.de